



Detektive dürfen IV-Bezüger, Arbeitslose und Krankenversicherte überwachen

Versicherungsdetektive dürfen IV-Bezüger, Arbeitslose und Krankenversicherte bei Verdacht auf Missbrauch observieren. Eine richterliche Genehmigung brauchen sie nur für den Einsatz von GPS-Trackern. Das hat der Nationalrat als Zweitrat beschlossen. Er hiess die gesetzliche Grundlage für die Überwachung am Montagabend mit 140 zu 52 Stimmen gut, gegen den Willen der Ratslinken. Die bürgerliche Mehrheit befand, die Massnahmen seien gerechtfertigt. Missbrauch schade dem System.

Ruth Humbel (CVP/AG) bspw. stellte fest, Überwachung liege im öffentlichen Interesse, weil Missbrauch nur so aufgedeckt werden könne. Als Beispiel nannte sie eine Frau, die gemäss den Ärzten kaum gehen konnte. Überwachungsbilder hätten gezeigt, wie sie auf Highheels davon gestöckelt sei. Es handle sich um wenige Fälle, räumte Humbel ein. Das Verhalten der Betrüger schade aber dem Ruf aller.

Die Rednerinnen und Redner von SP und Grünen versicherten, auch sie seien gegen Missbrauch, doch müsse die Verhältnismässigkeit gewahrt werden. Wegen ein paar hundert Personen, die zu Unrecht Leistungen bezögen, dürften nicht alle unter Generalverdacht gestellt werden. Noch nicht einig sind sich die Räte in der Frage, wer eine Observation anordnen darf.

Nationalrat zweifelt am Sinn des Informationssicherheitsgesetzes

Der Bundesrat will dafür sorgen, dass Computersysteme in der Bundesverwaltung besser vor Angriffen und Missbrauch geschützt sind. Das geplante Gesetz fällt im Nationalrat jedoch durch. Die Ratsmehrheit zweifelt am Nutzen und fürchtet hohe finanzielle Folgen.

Mit 117 zu 68 Stimmen bei acht Enthaltungen beschloss der Nationalrat am Dienstag, nicht auf das Gesetz einzutreten. Die Mehrheit war der Auffassung, dass ein zu grosser und zu komplexer Informationsschutzapparat aufgebaut würde, der eine Eigendynamik entfalten und sich zunehmend der Kontrolle des Parlaments entziehen könnte. Hauptkritikpunkt waren die unklaren Kosten:

So sieht die Vorlage konkret drei Ambitionsniveaus vor. Ambitionsniveau 1 möchte die Sicherheit im Vergleich zu heute erhöhen. Ambitionsniveau 2 möchte die Informationssicherheit in Bezug auf heute deutlich erhöhen und Ambitionsniveau 3 möchte eine sehr hohe Informationssicherheit. Die jährlich wiederkehrenden Kosten variieren je nach Ambitionsniveau zwischen 1.5 und 87 Millionen Franken. Die einmaligen Kosten für die Umsetzung des Projekts variieren innerhalb dieser Niveaus zwischen 5 und 20 Millionen Franken. Und die total Vollzeitstellen variieren innerhalb der Niveaus zwischen 9.5 und 78.5 Stellen. Die Vorlage geht nun zurück an den Ständerat.

Meine Stellungnahme (Video) zu diesem VBS-Geschäft ist unter folgendem Link zu finden:

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-videos?TranscriptId=227757>

Nationalrat verlangt nationale Abstimmung zu olympischen Spielen

Der Nationalrat verlangt einen Urnengang über die Durchführung von Olympischen Winterspielen in der Schweiz. Er hat am Dienstag eine Motion von Silva Semadeni (SP/GR) mit dieser Forderung angenommen.



Der Bundesrat möchte die betroffenen Kantone und Gemeinden über Sion 2026 abstimmen lassen. Über die Subventions-Milliarde vom Bund soll hingegen das Parlament entscheiden. Sportminister Guy Parmelin warnte vor einem Präzedenzfall. Er verwies auch auf den Zeitplan: Eine Abstimmung könnte erst nach dem Termin für eine Kandidatur stattfinden. Nun ist der Ständerat am Zug.

Bundesverwaltungsgericht: Gesamterneuerungswahlen

Die Vereinigte Bundesversammlung hat sieben Richterinnen und Richter ans Bundesverwaltungsgericht gewählt. 69 Bisherige wurden für die Amtsperiode 2019-2024 wiedergewählt. Die neuen Richterinnen und Richter ersetzen Personen, die sich aus Altersgründen nicht zur Wiederwahl stellen. Neu gewählt wurden Sonja Bossart Meier (CVP), Raphaël Gani (SP), Keita Mutombo (SP), Roswitha Petry (CVP), Grégory Sauder (SVP), Jürg Tiefenthal (SVP) und Christian Winiger (SP). Damit verbessere sich die Situation für die zwei am stärksten untervertretenen Parteien, die SP und die SVP, stellte die Gerichtskommission fest. Die CVP sei nicht länger untervertreten.

Postauto-Debatte im Nationalrat

Viele Fragen und erst wenige Antworten und eine Reihe von Vorwürfen: Die bei der PostAuto AG unrechtmässig verbuchten Gewinne haben im Nationalrat zu reden gegeben. Alle sieben Fraktionen der grossen Kammer hatten Listen von Fragen eingereicht, und zahlreiche Ratsmitglieder nutzten die knapp drei Stunden dauernde Debatte für Fragen zur Affäre an Verkehrsministerin Doris Leuthard. Antworten konnte Leuthard aufgrund der laufenden Untersuchungen, die die Ratsmitglieder begrüsst, erst wenige geben. Bürgerliche Stimmen pochten auf Änderungen im System. Die Linke kritisierte das Bonus-System als Ursache für die Trickereien bei der Verbuchung von Gewinnen.

Reform der Ergänzungsleistungen

Der Nationalrat will die Ergänzungsleistungen (EL) kürzen. Er hat ein Bündel von Massnahmen beschlossen, das die Kosten um rund 770 Millionen Franken senken würde. So sollen Betagte oder Behinderte mit einem gewissen Vermögen keine EL mehr bekommen. Den Lebensbedarf von Kindern will der Nationalrat kürzen. Bei Heimkosten oder Krankenkassenprämien werden künftig nur noch die tatsächlichen Kosten berücksichtigt. Die anrechenbaren Mietzinse sollen trotz ausgewiesenem Handlungsbedarf nur geringfügig erhöht werden. Die Vorlage geht nun wieder an den Ständerat, der deutlich weniger sparen will.

Onlinehandel

Der Bundesrat nimmt die Falschdeklarationen von Sendungen im Online-Handel genauer unter die Lupe. Dazu hat ihn der Nationalrat mit einem Postulat von Tiana Angelina Moser (GLP/ZH) beauftragt. Moser kritisiert, dass im Online-Handel kein fairer Wettbewerb herrsche, weil internationale Versandhändler Zollgebühren und Mehrwertsteuern umgehen, indem sie ihre Sendungen absichtlich falsch deklarieren. Der Bundesrat soll daher das Ausmass und die Entwicklung dieses Phänomens prüfen. Dieser zeigt sich einverstanden damit.

Stalker

Unbelehrbare Stalker sollen in Haft genommen werden können. Der Nationalrat will die Möglichkeit einer so genannten Ordnungshaft ins Gesetz aufnehmen. Er hat eine Motion von Verena Herzog (SVP/TG) mit dieser Forderung angenommen.



Herzog geht es um jene Fälle, in welchen zum Beispiel Kontakt- oder Rayonverbote nicht eingehalten werden. Das Gericht kann deswegen zwar eine Busse aussprechen. Vor allem Verurteilte ohne Einkommen oder Vermögen lassen sich davon aber kaum beeindrucken. Eine Ordnungshaft für schwere Fälle und Wiederholungstäter wäre laut Herzog eine spürbare und damit wirksame Konsequenz. Der Bundesrat hatte sich bereit erklärt, den Auftrag anzunehmen. Nun muss noch der Ständerat über die Motion befinden.

Rückführungen abgewiesener Asylsuchender

Der Nationalrat macht Druck bei der Rückführung abgewiesener Asylsuchender. Er will den Bundesrat beauftragen, mehr Rückführungen nach Algerien, Marokko, Tunesien und in die Dominikanische Republik zu ermöglichen. Mit 124 zu 62 Stimmen bei 1 Enthaltung hat er eine Motion von Andrea Geissbühler (SVP/BE) angenommen. Diese fordert Rückübernahmeabkommen oder andere geeignete Massnahmen. Die Motion geht nun an den Ständerat. Justizministerin Simonetta Sommaruga betonte, der Bundesrat unterstütze die Stossrichtung. Ob es möglich sei, Abkommen abzuschliessen und Rückführungen durchzusetzen, hänge aber wesentlich von der Bereitschaft der Herkunftsländer ab.

Härtere Strafen

Der Nationalrat fordert schärfere Strafen bei Gewalt und Drohungen gegen Polizisten, Behörden und Beamte. Er hat eine Motion von Sylvia Flückiger (SVP/AG) mit 96 zu 92 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Die Gewalt gegen die Polizei habe in letzter Zeit ein Ausmass angenommen, das nicht mehr hingenommen werden könne, argumentierte Flückiger. Mit dem Vorstoss fordert sie unbedingte Gefängnisstrafen. Zudem soll nach einem rechtskräftigen Urteil der Arbeitgeber informiert werden. Justizministerin Simonetta Sommaruga wies auf die geplante Harmonisierung der Strafrahmen hin. Die Vorlage komme demnächst. Sie werde auch Vorschläge zu diesem Thema enthalten. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

Finanzierung von Moscheen in der Schweiz durch andere Staaten

Der Nationalrat will die Finanzierung von Moscheen in der Schweiz durch andere Staaten leider nicht verbieten. Er hat eine Motion von SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor (VS) knapp mit 95 zu 91 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Addor forderte ein Verbot der Finanzierung durch Staaten, die mutmasslich terroristische Gruppierungen unterstützen oder die Menschenrechte nicht respektieren. Der Bundesrat stellte sich dagegen. Er machte prinzipielle und praktische Gründe geltend. Justizministerin Simonetta Sommaruga plädierte für ein gezieltes Vorgehen des Nachrichtendienstes, wenn konkrete Anhaltspunkte vorlägen. Sie erinnerte auch daran, dass die Schweiz mit den Golfstaaten Geschäfte mache.

Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Wintersession abgeschlossen. Elf Vorlagen kamen parlamentarisch unter Dach und Fach, darunter das Verbot für Pädokriminelle, mit Kindern zu arbeiten, sowie Gesetzesgrundlagen für die Observierung von Versicherten.